Allgemeiner Teil

Was ist zu tun? Ein Hinweis auf Dinge, die im großstädtischen Leben zu beachten sind

Wissenswertes Die wissenswerten Daten über die Hansestadt Hamburg, behördliche Einrichtungen, Kirchen, Museen, Verkehr, Öffentliche Anlagen und Sehenswürdigkeiten

Was ist zu tun?

I. Feuer, Unfälle, Krankheit usw.

Feuer: Sofort Feuerwehr anrufen durch Fernsprecher oder den nächsten Feuermelder, für das Stadtkerengebiet Fernspr. 02, für die Landbezirke siehe unter Feuerwehr im Namensteil des Amtl. Fernsprechbuches. Brandstelle genau angeben, den eigenen Namen nennen. Es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei Fliegerangriffen und – sofern dabei Schäden verursacht sind – auch nach Fliegerangriffen Feuerwehler nicht benutzt werden dürfen. In dieser Zeit sind alle Schadenmeldungen an das nächste Luftschutzrevier zu erstatten. Brennenden Raum nicht abschließen, Türen nach dem Treppenhause schließen; wenn Treppenhause verqualmt, im Zimmer bleiben, Fenster öffnen, in verqualmten Räumen kriechend mit Tuch vor dem Mund bewegen, brennende Menschen am Weglaufen hindern, zu Boden werfen, mit Kleidern und Decken einhüllen, befeuchten, Kleider nicht abreißen.

Unfälle: **Hamburg.** Fernspr. 3410 00; nach Meldung der Polizei bei Unfällen im Stadtgebiet „Unfalldienst (Kranken-transport)“, bei Unfällen im Hafen „Unfallmeldestelle Hafen“ verlangen.

Beide Stellen sorgen für erste Hilfe und Abtransport
Hamburg-Altona. Nächstwohnender Arzt durch Polizeiamt: 42 11 02; Krankenwagen: 35 09 41; Krankenhaus: 42 10 41.
Hamburg-Marburg. Polizei: 87 10 01; Krankenwagen: 35 09 41.
Hamburg-Wilhelmsburg. Polizei: 38 75 16; Krankenwagen: 35 09 41.
Hamburg-Wandsbek. Polizei: 42 11 02; Krankenwagen: 35 09 41.

Erste Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen:

Schaffe den Erkrankten oder Verletzten sofort aus dem Verkehr in ein beschattetes Haus und Sorge durch Enttarnung überfüllter Zuschauer für Ruhe um den Hilfebedürftigen. Benachrichtige in allen Fällen sofort einen der nächstwohnenden Ärzte.

Wichtigste Hilfeleistungen bis zum Eintreffen des Arztes:

1. Bei Bewußtlosen (z. B. bei Ohnmacht, Schlaganfall):
 - a) Wenn sein Gesicht stark gerötet ist: den Kranken hinsetzen mit erhöhtem Kopf und Oberkörper. Wenn das Gesicht blass, fahltat: den Kranken flach hinlegen mit herabhängendem Kopf.
 - b) Hals und Brust von beengenden Kleidungsstücken entlösen, Leibriemen und bei weiblichen Personen Rockbänder lösen.
 - c) Gesicht und Brust mit kaltem Wasser besprengen, betreiben der Stirn mit Eisig oder kühnem Wasser.
 - d) Salzwasser oder kühnem Wasser (nicht die Flasche sondern ein damit befeuchtetes Tuch oder Watte!) unter die Nase halten.
 - e) Bei Wiederkehr der Besinnung (nicht eher) kleine Mengen Wasser, Tee, Kognak oder anderes annehmen.
2. Bei Krampfanfällen (Fallsucht):
 - a) Hals und Brust von beengenden Kleidungsstücken entlösen, Leibriemen und bei weiblichen Personen Rockbänder lösen.
 - b) Den Kranken in der Mitte eines Zimmers auf den Boden auf eine Decke legen.
 - c) Einen Flächentisch oder Tuchknoten zwischen die Zähne schieben und dort festhalten lassen.
 - d) Arme, Beine und Kopf leicht festhalten, damit der Kranke sich nicht durch Umschlagen oder Kopfbewegungen selbst verletzt.
3. Bei Gasvergiftungen (durch Leuchtgas, Kohlendioxid usw.):
 - a) Neben einem der nächstwohnenden Ärzte auch sofort Feuerwehr durch Fernsprecher herbeirufen, daß es sich um Gasvergiftung handelt.

Versicherungsfall! In den vorstehend erwähnten Fällen, wo Versicherungen bestehen, rechtzeitiges Anmelden des Schadensfalles bei der zuständigen Versicherungsgesellschaft nicht versäumen!

- b) Zimmer nicht mit offenem Licht betreten.
- c) Tür mehrmals weit öffnen und schließen, um Luftzug herzustellen.
- d) Schnell an das nächste Fenster springen, dieses öffnen, eventuell entweichelassen, sich hinausetzen und tief atmen.
- e) Den Erkrankten an frische Luft schaffen.

4. Bei schweren Verbrennungen:

- a) Haben die Kleider Feuer gefangen: eine dicke Decke ganz um den Verunglückten herumwickeln, durch Herumwickeln auf dem Boden die Flammen ersticken; dann übergießen mit reichlich kaltem Wasser.
- b) Bei Brandwunden keine festgebrannten Kleidungsstücke abziehen; die Brandwunden mit Fett bestreuen oder eine saubere Brandwunde auswaschen, kein Wasser zum Kühlen der Brandwunden verwenden.

5. Bei Unfall durch elektrischen Strom:

- a) Neben einem der nächstwohnenden Ärzte auch sofort Feuerwehr durch Fernsprecher benachrichtigen, daß es sich um einen Unfall durch elektrischen Strom handelt.
- b) Stromkreis sofort ausschalten lassen, vorher den Körper des Verletzten nicht berühren.

6. Bei starkblutenden Wunden:

- a) Wunden dürfen nie mit der Hand berührt werden!
- b) Den verletzten Körperteil entblößen durch Aufheben der Kleidung in der Naht.
- c) Druckverband mit reinem Verbandstoff oder Innenseite eines reinen Tuches; darüber eine Binde zur Befestigung. Das verletzte Glied hochhalten bzw. am Bense hochlagern.

7. Bei Knochenbrüchen oder Verrenkungen:

- a) Am Schädel namentlich wenn aus einem Ohr Blut fließt, Verband wie bei 6b.
- b) An den Armen: den verletzten Arm durch eine Tuchschlinge (z. B. Handtuch), die um den Hals und den Unterarm geht, stützen.
- c) An den Beinen: nicht aufrichten lassen! Oberhalb und unterhalb der gebrochenen Stelle legt je eine Person gleichzeitig langsam und vorsichtig das verletzte Bein etwa hoch; eine dritte Person befestigt zwei bis drei Schirme, Stühle oder ähnliche lange Gegenstände um das ganze Bein herum mit Binden oder Tüchern. Ist an der Bruchstelle auch eine Hautwunde, so wird diese zuerst vor Anlegen des Schienenverbandes, nach Entfernung der Kleidungsstücke, wie oben unter 6b angegeben, verbunden.

8. Bei bewußtlos aus dem Wasser Gezogenen:

- a) Neben einem der nächstwohnenden Ärzte auch sofort Feuerwehr durch Fernsprecher herbeirufen und sie benachrichtigen, daß es sich um die Rettung eines bewußtlos aus dem Wasser Gezogenen handelt.
- b) Hals und Oberkörper entkleiden, Leibriemen und Rockbänder lösen; der Verunglückte wird dann mit dem unteren Teil der Brust auf das gebeugte Knie des Hilfeleistenden gelegt, so daß die Beine nach unten hängen; dann drückt der Helfer mit seiner Hand mehrmals stark auf den Rücken des Verunglückten, damit das verchluckte Wasser auslaufen kann (den Verunglückten nicht auf den Kopf stellen!).
- c) Wenn möglich, soll der Verunglückte an einen gegen Wind und Kälte geschützten Ort gebracht werden.

9. Bei sofort tödlich Verunglückten oder Getöteten:

- a) Den Toten nicht berühren! Nächstes Polizeirevier benachrichtigen.

Was ist zu tun?

Überfall: Fernsprecher 01. Nach Meldung der Polizei, Name, Straße Hausnummer, Stadtteil, Lage der Wohnung, eigene Fernsprechnummer angeben.
Falscher oder fahrlässiger Hilferuf wird als grober Ungehörigkeit bestraft.

Einbruch: Diebstahl, Bettler, Schwindler usw.: Meldung bei dem zuständigen Polizeivertreter (siehe Straßenführer und Behördenliste) sämtlich über Sammelnr. 34 10 00 zu erreichen.

Krankheit: In dringenden Fällen und nachts diensttuenden Arzt durch Polizeivertreter über 34 10 00. Krankenwagen siehe Seite 1 unter Unfälle. Krankenhäuser: Behördenliste, Ärzteverzeichnis im Branchenheft.

Gasgeruch: Fenster öffnen, Gaszufuhr abstellen, Feuer und Funkenbildung verhüten.
Störungsstelle der Hamburger Gaswerke, Kurze Mühren 22, geöffnet 8-18. Fernsprecher 32 20 12, benachrichtigen.

Elektrische Störungen: Meldung an Hamburgische Elektrizitätswerke, Herriedenmarkt 48. Fernsprecher 32 10 00.
Störungen der Inneneinrichtung hinter dem Zähler besitzenden die zugelassenen Elektro-Installateure (siehe Branchenheft).

Wasserrohrbruch: Bei Bruch des Hauptrohrs auf der Straße oder der Zuleitung zum Wassermesser oder Undichtwerden des Wassermessers Meldung an die Hamburger Wasserwerke Gr. Bleichen 53, während der Geschäftszeit 8-19, Sonnabend bis 19, nur Fernsprecher 94 11 61, außerhalb der Geschäftszeit Anruf 38 69 17.

Bei Undichtwerden der Inneneinrichtung (hinter dem Wassermesser) Hauptrohr vor dem Wassermesser abschließen und Installateur (siehe Branchenheft) unter Alermpner) benachrichtigen.

II. Familienangelegenheiten

Geburt: Mündliche Anmeldung innerhalb einer Woche bei dem zuständigen Standesamt (siehe Straßenführer durch ehelichen Vater, bei Geburt in öffentlicher Anstalt durch die Anstalt, Vorlage von Meldeschein, Heiratsurkunde und wenn vorhanden, Familienbuch erforderlich. Vornamen möglichst sofort angeben; sie müssen deutsch sein, nur in Ausnahmefällen sind ausländische Vornamen gestattet; in Zweifelsfällen erteilt der Standesbeamte Auskunft.

Taufe: Erforderliche Papiere: Interimsgeburtschein, kirchlicher Trauschein der Eltern, Meldeschein. Anmeldung möglichst bei der zuständigen Kirchenkanzlei (s. Straßenführer). Kostenfrei.

Impfung: Erstimpfung vor dem Ende des auf das Geburtsjahr folgenden Jahres. Wiederimpfung vor dem Abschluß des 12. Lebensjahres. Anforderung durch die Polizeibehörde zu den Impfterminen. Impfung in der Impfanstalt, Brennerstr. 81, Eingang Balastraße, (Impfungen Band I, Behördenliste) oder durch einen Arzt. Für Zurückstellung bei krankhaften Zuständen ärztliches Zeugnis erforderlich.

Schulpflicht siehe unter Erziehungsfragen.

Eheschließung: Persönliche Bestellung des Aufgebots durch beide Verlobte bei einem Standesamt (siehe Straßenführer), in dessen Bezirk einer von ihnen wohnt; bei volljährigen, nicht verheiratet gewesenen deutschen Staatsangehörigen genügen folgende Urkunden: Geburtsurkunde, Heiratsurkunden der Eltern, polizeiliche Anmeldebescheinigung, Nachweis über den Aufenthalt während der letzten 6 Monate, soweit nicht aus den Anmeldebescheinigungen ersichtlich. Über weitere Erfordernisse bei Verheiratetgewesenen, bei Ausländern und Ausländerinnen, sowie über Ehevoraussetzungen und Eheberbote erteilt der Standesbeamte Auskunft. Bei kirchlicher Trauung erforderliche Papiere: Bescheinigung des Standesamts über die Anordnung des Aufgebots, Tauf- und Konfirmationsurkunde, außerdem vor Vollzug die standesamtliche Bescheinigung der Eheschließung. Anmeldung bei der zuständigen Kirchenkanzlei (Wohnung der Braut). Kostenfrei.

Ebestandsdarlehen: Vordruck für Antragstellung wird vom Standesamt nach Bestellung des Aufgebots unentgeltlich abgegeben. Antrag beim Polizeibezirk des Wohnsitzes des zukünftigen Ehemanns zeitig vor der Eheschließung. Voraussetzung: Bescheinigung des Arbeitgebers, daß die künftige Ehefrau während der letzten zwei Jahre neun Monate im Inland in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat.

Die Geschäfte, in denen Bedarfsdeckungsscheine in Zahlung genommen werden, sind durch Aushang der Genehmigung kenntlich. Im Branchenheft des Adreßbuches weist folgendes Zeichen auf solche Geschäfte hin.

Kinderbeihilfen: Vordrucke bei der Polizeibehörde des Antragstellers. Bedarfsdeckungsscheine werden in allen Geschäften angenommen, die durch Aushang der Genehmigung kenntlich sind; siehe auch im Branchenheft das Zeichen für berechnete Annahmestellen.

Todesfall: Mündliche Anmeldung spätestens am folgenden Werktag beim Standesamt in dessen Bezirk der Todesfall eingetreten ist, unter Vorlegung der Geburts- und Heiratsurkunde des Verstorbenen und einer ärztlichen Todesbescheinigung. Beratung und Hilfe durch die Beerdigungsunternehmer (siehe Branchenheft). Bei Todesfall in einer öffentlichen Anstalt: Anmeldung durch die Anstalt. Kirchliche Trauerfeier: Anmeldung bei der zuständigen Kirchenkanzlei oder im Friedhofsparramt, Hamburg 20, Orchideenstieg 83, Fsp. 22 76 49, Sprechzeit 17-19 Uhr. Kostenfrei.

Urkundenbeschaffung: Anträge bei dem für den Ort der Geburt, der Eheschließung oder des Todes zuständigen Standesamt. Auskünfte aus der Zeit vor dem 1. Januar 1876 in Hamburg beim Archiv der Hansestadt Hamburg im Rathaus.

III. Meldewesen

Meldepflicht: Meldevordrucke in dreifacher Ausfertigung in einem Papierwarengeschäft (siehe Branchenheft) kaufen, sorgfältig ausfüllen (besonders auf deutliche Nachschrift des dem Meldeenden als Ausweis dienenden 5. Meldevordruckes achten), Unterschrift des Hauseigentümers oder Verwalters, bei Untermietern auch des Wohnungseigentümers. Zutrag: Anmeldung mit welchem Meldevordruck und Abmeldechein innerhalb drei Tagen bei dem zuständigen Polizeivertreter (siehe Straßenführer).

Wegzug: Abmeldung mit grünem Meldevordruck und Meldechein innerhalb drei Tagen bei dem zuständigen Polizeivertreter. Umzug innerhalb der Stadt: Anmeldung mit welchem Meldevordruck und Meldechein bei dem für die neue Wohnung zuständigen Polizeivertreter (siehe Straßenführer). Bei der Abgabe der Meldung bei der Meldebehörde kann sich der am persönlichen Erscheinen verhinderte Meldepflichtige unter Abgabe der Behinderungsgründe durch ein erwachsenes Familienmitglied und als Untermieter durch den Wohnungseigentümer, als Mieter durch den Hauseigentümer (Verwalter) oder dessen erwachsenes Familienmitglied vertreten lassen.

Bescheinigungen aller Art, Führungszugnisse, Kennkarten, Reisepässe, Besatzungszugnisse usw. Anträge beim zuständigen Polizeivertreter (siehe Straßenführer). Die gewünschten Papiere können, soweit sie nicht durch die Post übersandt werden, nach Ausfertigung bei dem Wohnort in Empfang genommen werden.

IV. Erziehungsfragen

Schulpflicht: Die Volksschulpflicht, die acht Jahre dauert, beginnt für alle Kinder die bis zum 30. Juni des 6. Lebensjahres vollenden, mit dem Anfang des Schuljahres. Kinder, die vom 1. Juli bis 30. September des 6. Lebensjahres vollenden, können auf Antrag für schulpflicht erklärt werden. Über den Übergang in eine mittlere oder höhere Schule erteilen die Volksschulen Auskunft.

Kindergärten: Verzeichnis, Behördenliste
Volksschulen: Verzeichnis, Behördenliste
Mittelschulen: Verzeichnis, Behördenliste
Höhere Schulen: Verzeichnis, Behördenliste
Berufsschulen: Die Berufsschulpflicht, die nach Beendigung der Volksschulpflicht beginnt, dauert drei Jahre. Näheres unter Wissenswerten.
Fachschulen: Siehe Behördenliste und Wissenswerten.
Universitäten: Siehe Behördenliste

V. Dienst- und Leistungspflichten

Arbeitsdienst- und Wehrpflicht: Jeder Deutsche ist arbeitsdienst- und wehrpflichtig. Die Arbeitsdienstpflicht beginnt frühestens nach vollendetem 18. Lebensjahr.

Freiwilliger Eintritt in den Reichsarbeitsdienst ist vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 25. Lebensjahr möglich. Die Wehrpflicht beginnt mit dem vollendeten 18. Lebensjahr. Freiwilliger Eintritt in die Wehrmacht ist vom vollendeten 17. Lebensjahr ab möglich.

Jeder Dienstpflichtige eines auferufenen Geburtsjahrganges ist verpflichtet, sich bei der für ihn zuständigen polizeilichen Meldebehörde zu melden. Der Antrag auf Zurückstellung muß der polizeilichen Meldebehörde vorgelegt werden. Freiwillige müssen vor der Bewerbung bei einem Wehrmachtsteil bei der polizeilichen Meldebehörde die Ausstellung eines Freiwilligenzeichens erwirken.

Arbeitspflicht: Deutsche Staatsangehörige können verpflichtet werden, auf einem ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz Dienste zu leisten oder sich einer bestimmten beruflichen Ausbildung zu unterziehen.

Wehrleistungspflicht: Die Bewohner des Reichsgebietes, andere Personen, die im Reichsgebiet Vermögen haben, hinsichtlich dieses Vermögens, sowie die deutschen Staatsangehörigen an Bord deutscher Schiffe sind zu Leistungen für Wehrzwecke verpflichtet, ferner auch die Gebietskörperschaften sowie alle innerhalb des Reichsgebietes bestehenden Körperschaften und andere Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und sonstige Einrichtungen.

Luftschutzpflicht: Alle deutschen Reichsangehörigen sind zu Dienst- und Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Übungen und Unterweisungen verpflichtet, die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind, ebenso auch Ausländer und Staatenlose die im deutschen Reich wohnen oder Vermögen haben, sowie Personenvereinigungen jeder Art. Die Luftschutzpflicht zerfällt in drei Teile: die Luftschutzdienstpflicht, die Luftschutzsachleistungspflicht und die Pflicht zu luftschutzmäßigen Verhalten. Zur luftschutzdienlichen Tätigkeit werden im Frieden Kranke und gebrechliche Personen nicht herangezogen. Die Feststellung, wer als krank oder gebrechlich anzusehen ist, wird durch ärztliche Untersuchung getroffen auf Anordnung des örtlichen Luftschutzleiters (in Hamburg Luftschutzvertreter).

Was ist zu tun?

VI. Arbeitsverhältnisse

Kündigung: Die Kündigungsfristen richten sich nach den tariflichen Bestimmungen. Wenn keine Abmachungen bestehen, Kündigungsfristen für gewerbliche Arbeiter:
 a) Gesellen und Gehilfen: an jedem Tage auf 14 Tage;
 b) für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker sechs Wochen vor Ablauf eines Kalendervierteljahres.
 Kündigungsfristen für Handlungsgehilfen sechs Wochen vor Ablauf eines Kalenderjahres.
 Kündigung von Hausgehilfen am 15. zum Schluß des Kalendermonats.

Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels

laut Verordnung vom 1. September 1939 Lösung von Arbeitsverhältnissen. Betriebsführer, Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Volontäre und Praktikanten dürfen eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses (Lehrverhältnisses) erst aussprechen, wenn das Arbeitsamt der Lösung des Arbeitsverhältnisses zugestimmt hat.

Eine Kündigung ohne vorherige Zustimmung ist rechtswirksam, wenn nicht in besonderen Ausnahmefällen das Arbeitsamt nachträglich zustimmt.

Durch die Zustimmung des Arbeitsamtes wird nicht über die Berechtigung der Kündigung entschieden. Dies gilt auch für eine Kündigung, die ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist erfolgt ist.

Einer Zustimmung bedarf es nicht

1. wenn sich die Vertragsstelle über die Lösung des Arbeitsverhältnisses einig sind,
2. wenn der Betrieb (Baustelle) stillgelegt werden muß
3. wenn der Arbeiter, Angestellte oder Lehrling zur Probe oder Aushilfe eingestellt ist und das Arbeitsverhältnis (Lehrverhältnis) innerhalb eines Monats beendet wird.

Meldepflicht. Wer keiner Zustimmung zur Lösung des Arbeitsverhältnisses (Lehrverhältnisses) bedarf, hat sich nach dem Ausscheiden aus seiner bisherigen Arbeitsstelle unverzüglich bei dem für seinen letzten Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Arbeitsamt zu melden.

Einstellungsbeschränkungen. Betriebe (private und öffentliche Betriebe und Verwaltungen aller Art) und Haushaltungen dürfen Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Volontäre und Praktikanten nur einstellen, wenn eine Zustimmung des Arbeitsamtes vorliegt.

Die Zustimmung ist nicht erforderlich zur Einstellung in Betriebe der Landwirtschaft.

Sonstige Vorschriften. Die vorstehenden Bestimmungen gelten sinngemäß für Familienangehörige, die in Betrieben von Ehegatten, Eltern, Voreltern oder Geschwistern regelmäßig mithelfen, auch wenn sie nicht als Arbeiter oder Angestellter beschäftigt werden.

Das Arbeitsamt hat bei seinen Entscheidungen über Zustimmungsanträge für die Kündigung und Einstellung von Arbeitskräften

- a) staatspolitische und soziale Gesichtspunkte,
- b) die allgemeinen Richtlinien des Arbeitsmarktes, der Berufsnachwuchslenkung und der Lohnpolitik und
- c) die Gesichtspunkte der beruflichen Entwicklung der Arbeiter und Angestellten zu berücksichtigen.

Die Zustimmung kann unter Auflagen erteilt werden.

Für die Erteilung der Zustimmung

- a) zur Lösung eines Arbeitsverhältnisses (Lehrverhältnisse) ist das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk die letzte Arbeitsstätte liegt,
- b) zur Einstellung ist das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk der Betrieb (Haushaltung) liegt, der die Einstellung beabsichtigt.

Entstehen im Einzelfall Zweifel darüber, ob eine Zustimmung erforderlich ist, so entscheidet das Arbeitsamt unter Ausschluß des Rechtsweges.

Der Antrag auf Zustimmung der Lösung des Arbeitsverhältnisses ist bei dem zuständigen Arbeitsamt zu stellen.

Der Antrag auf Zustimmung von Einstellungen ist von dem Betriebsführer bei dem zuständigen Arbeitsamt zu stellen.

Die Entscheidung über den Antrag ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen. In besonderen Fällen kann von der schriftlichen Form abgesehen werden.

Für die Besatzung eines bei der Seeschifffahrt verwendeten Schiffes, mit Ausnahme der seemannischen Angestellten, treten bei der Durchführung dieser Verordnung die Seemannsämter an die Stelle der Arbeitsämter. Für die Erteilung der Zustimmung ist bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses das Seemannsamt der Abmusterung, bei der Einstellung das Seemannsamt der Anmusterung zuständig.

Pflichtversicherungen:

Angestelltenversicherung.

Versicherungspflichtig ist:

- I. wer eine der im § 1 Abs. 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes genannten Tätigkeiten gegen Entgelt ausübt.

Versicherungspflichtig sind:

1. Angestellte in leitender Stellung;
2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung;
3. Büroangestellte soweit sie nicht ausschließlich mit Botengängen, Reinigung, Aufräumung und ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden, Bürolehrlinge, Werkstattschreiber;
4. Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge, andere Angestellte für kaufm. Dienste, auch wenn der Gegenstand des Unternehmens kein Handelsgewerbe ist, Assistenten und Praktikanten in Apotheken;
5. Bühnenmitglieder und Musiker ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen;
6. Angestellte in Berufen der Erziehung, des Unterrichts, der Fürsorge, der Kranken- und Wohlfahrtspflege;
7. aus der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge, aus der Besatzung von Fahrzeugen der Binnenachtfahrt Schiffsführer, Offizier des Deck- und Maschinendienstes, Verwalter und Verwaltungsassistenten sowie die in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung befindlichen Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung.

Unter Nr. 5 und 6 fallen auch Lehrlinge, die sich in einer geeigneten Ausbildung zu einem dieser Berufe befinden. Ferner sind versicherungspflichtig selbständige Lehrer und Erzieher, die in ihrem Betriebe keine Angestellten beschäftigen, Artisten (Mitglieder der Reichstheaterkammer, Fachschaft Artistik) sowie Hebammen mit Niederlassungsurlaub.

Versicherungspflichtig sind auch Musiker, die ihre Tätigkeit auf eigene Rechnung ausüben, ohne in ihrem Betriebe Angestellte zu beschäftigen, sowie Personen, die in der Krankenpflege auf eigene Rechnung tätig sind, ohne in ihrem Betrieb Angestellte zu beschäftigen.

Handwerker sind für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters sowie zugunsten der Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk versichert und der Rentenversicherung der Angestellten angeschlossen.

II. Wer außerdem die für die Versicherungspflicht maßgebende Gehaltsobergrenze nicht überschreitet. Die Grenze beträgt 7200 RM.

III. Wer beim Eintritt in die erste versicherungspflichtige Beschäftigung das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet hat. Diese Altersgrenze gilt nicht, wenn ein bei der Invalideversicherung Versicherter in eine angestelltenversicherungspflichtige Beschäftigung übertritt.

IV. Versicherungsfrei ist, wer berufsunfähig, Ruhegeld oder Witwenrente nach den Vorschriften des Angestellt-Versicherungsgesetzes, eine Invalidenrente nach den Vorschriften des Reichsinvalidengesetzes, eine Invaliden-, Witwen- oder Witwenrente aus der Invalidenversicherung bezieht.

Die Beträge sind durch Einkleben von Marken in die Versicherungskarte zu entrichten. Marken sind bei der Post erhältlich. Ausgabestelle der Angestelltenversicherung: A.O.K., Kaiser-Wilhelm-Str. 89/98, Aufdergurgel und Umlaufweg, erfolgt auch in allen Zweigstellen der Kasse und allen Innungs- und Betriebskrankenkassen.

Die Beträge sind für Zeiten versicherungspflichtiger Beschäftigung und für Krankheitszeiten, in denen die Versicherten das Gehalt fortbezogen haben, zu entrichten. Für Versicherte, deren monatlicher Entgelt 50 Reichsmark nicht übersteigt, sowie für alle Lehrlinge hat der Arbeitgeber allein den Beitrag zu tragen. Die übrigen Versicherten müssen sich bei der Gehaltszahlung die Hälfte des Beitrags der Klassen B bis G abziehen lassen.

Die Marke muß beim Einkleben sofort entwertet werden. Die Entwertung erfolgt dadurch, daß auf der Marke (in dem am Fuße der Marke freigelassenen Feld) der letzte Tag des Monats, für den sie gelten soll, handschriftlich oder mit Stempel vermerkt wird. Der Monat darf in Ziffern abgekürzt werden, z. B. 31. 1. 38. Andere Entwertungszeichen sind unzulässig. Freiwillig Versicherte entwerten mit dem Zusatz „f“.

Gehalts- und Beitragsklassen:

Gehaltsklasse	Monatlicher Entgelt von mehr als Reichsmark	bis zu Reichsmark	Monatsbeitrag Reichsmark
A	—	50	2,—
B	50	100	4,—
C	100	200	8,—
D	200	300	12,—
E	300	400	16,—
F	400	500	20,—
G	500	—	25,—

Zum Entgelt gehören auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge.

Pflicht- und freiwillig Versicherte können sich auch jederzeit freiwillig höher versichern. Für die freiwillige Beitragsentrichtung bestehen die Beitragsklassen H mit 30 RM. und die Beitragsklassen I und K mit einem Monatsbeitrag von 40 RM. und 50 RM.